

Beginn: 10:05 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 77. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **17 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein und **setzen** die gestern unterbrochene **Haushaltsplanberatung fort**.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600
erste Ergänzung
Drucksache 14/5200
zweite Ergänzung
Drucksache 14/5350

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 14/5500 – 14/5506,
14/5508, 14/5510 – 14/5515 und
14/5520

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011 mit Finanzbericht 2008

Drucksache 14/4601

Sowie:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4602

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/5517

zweite Lesung

Hierzu liegen Ihnen als Tischvorlage die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie des fraktionslosen Abgeordneten Sagel vor, wobei es sich bei Nummer 49 Drucksache 14/5624 und Nummer 51 Drucksache 14/5626 jeweils um einen Neudruck handelt.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Nach Beendigung der Beratung über den Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über den Änderungsantrag abgestimmt. Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan für das Jahr 2008 in zweiter Lesung erfolgt mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz. Zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr finden keine Abstimmungen statt.

Ich rufe **Einzelplan 05** auf:

Ministerium für Schule und Weiterbildung

Das Wort hat Frau Schäfer von der Fraktion der SPD.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste! Haushaltsdebatten sind Bilanz und Perspektive des Regierungshandelns. Sie sind ein geeigneter Anlass, einen analytischen Blick auf die viel zitierte Wahrheit und Klarheit beim Handeln dieser Landesregierung zu werfen. Dass Sie mit Wahrheit und Klarheit sträflich nachlässig umgehen, konnte man im vergangenen Jahr häufig genug feststellen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Lassen Sie mich das am Beispiel der wundersamen Vermehrung von Lehrerstellen deutlich machen.

(Ralf Witzel [FDP]: Die ist gut!)

– Dann hören Sie mal zu, Herr Witzel: Auf der Schuljahrespressekonferenz berichtet die Schulministerin am 3. August 2007, es gibt 3.000 zusätzliche Stellen. Nach der Pressekonferenz des Ministerpräsidenten am 7. August, also vier Tage später, konnte man in der „Bild“ nachlesen: 5.441 zusätzliche Lehrerstellen. Die „Rheinische Post“ meldet

4.200 zusätzliche Lehrerstellen, der WDR 4.132 und die „Westfälischen Nachrichten“ 4.230 – aus derselben Pressekonferenz.

In der Zwischenbilanz der Landesregierung im Oktober 2007 stand jetzt, es gäbe 6.850 zusätzliche Lehrerstellen seit der Regierungsübernahme.

(Lachen von der SPD)

Ende November 2007 sprach die Ministerin dann allerdings wieder von 4.000 zusätzlichen Lehrerstellen. Es geht weiter: Durch einen tiefen Griff in die Trickkiste vertuscht die Landesregierung die wahre Lehrerstellenzahl im Haushalt 2008. Nachzulesen ist unter dem Strich ein Plus von 286 Lehrerstellen gegenüber 2007.

(Lachen von der SPD – Widerspruch von Ralf Witzel [FDP])

Eigentlich hätte aber ein Minus von vier Stellen ausgewiesen werden müssen. Ich sage Ihnen auch des Rätsels Lösung: Die im Jahr davor separat ausgewiesenen Stellen für die offene Ganztagsgrundschule und für die Ganztags Hauptschule wurden im Gegensatz zum Vorjahr in diesem Haushalt den normalen Lehrerstellen zugewiesen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja super!)

Zu all diesem passt die bekannte Empfehlung für den schwachen Redner: Wenn du schon nicht überzeugen kannst, dann verwirre dein Publikum wenigstens.

(Beifall von der SPD)

Freundlich gesagt: All das ist Zahlenakrobatik. Unfreundlich gesagt: Das ist eine wiederholte Lehrerstellenlüge in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Wir können hier und heute doch nur feststellen: Nach Ihrer Wahl versprochen Sie im Jahr 2005 4.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen den Unterrichtsausfall. Im Haushalt 2006, dem ersten Haushalt, den Sie als Regierung zu verantworten hatten, wurde jedoch beschlossen, innerhalb der nächsten vier Jahre 2.000 Lehrerstellen abzubauen. Innerhalb weniger Monate haben Sie also die Zahl der Stellen, die Sie zugesagt haben, halbiert.

(Beifall von der SPD)

Herr Witzel, Ihnen selbst ist bei diesem ganzen Verwirrspiel offensichtlich auch nicht wohl. Warum beantragen Sie denn in diesem Jahr, den geplanten Abbau von 500 Stellen um 204 auf 296 zu reduzieren? Hört, hört, sage ich an der Stelle nur.

Wir beantragen, dass Sie die bislang abgebauten 1.000 Stellen wieder in den Haushalt einstellen. Damit helfen wir Ihnen, wenigstens in die Nähe Ihrer eigenen Zusage zu kommen.

(Beifall von der SPD)

Sie können nicht mehr die Augen davor verschließen, dass die Klagen über den Unterrichtsausfall dramatisch zunehmen. Im Rahmen der letzten Haushaltsberatung hat die Landesregierung stolz verkündet, dass nun fast alle Schulen mit der Unterrichtsversorgung zufrieden seien. Man habe den Unterrichtsausfall halbiert.

Ich berichte jetzt einmal davon, wie es vor Ort aussieht. In Lippe haben sich die Elternpflegschaften und die Schülervertretungen aller Gymnasien zusammengefunden, um Ihnen, Frau Ministerin Sommer, mitzuteilen, dass es niemals zuvor eine so schlechte Unterrichtsversorgung gegeben habe. In Nordrhein-Westfalen gibt es – davon können Sie alle sich überzeugen – vieler solcher Beispiele.

Ich sage Ihnen: Noch nicht einmal Eva kann helfen. „EVA“ ist Ihr Kürzel für eigenverantwortlichen Unterricht, also für einen Unterricht ganz ohne Lehrer. Die biblische Eva hatte wenigstens Adams Rippe. Ihre Eva soll aus dem Nichts entstehen. Aber Spaß beiseite!

(Zurufe von der CDU)

Sie haben zu verantworten, dass der Betrag in dem flexiblen Topf „Geld statt Stellen“ in zwei Jahren von 115 Millionen € auf 43 Millionen € geschrumpft ist. Das Ergebnis ist eine mangelhafte Unterrichtsversorgung. Das drückt sich auch in Form einer Flut von Beschwerdebriefen aus, die Ihnen ins Haus flattern.

Chaos und Unterrichtsausfall ernten Sie auch bei dem gigantischen Fehlversuch der Sprachstandserhebung.

Chaos und Täuschung gibt es auch bei den Seiteneinsteigerprogrammen. Ich weiß nicht, ob Sie die „Rheinische Post“ vom heutigen Tage schon zur Kenntnis genommen haben: Das Chaos, das Sie angerichtet haben, heilen jetzt Gerichte; denn die Seiteneinsteiger, die nicht mehr verbeamtet werden, haben sich eingeklagt. Sie werden noch eine Flut von Prozessen bekommen. Vier haben jetzt schon recht bekommen. Sie haben unverantwortlich gegenüber diesen Menschen gehandelt. Das haben wir Ihnen schon häufig gesagt.

(Beifall von der SPD)

Chaos und Probleme gibt es bei der Besetzung von Schulleitungsstellen. Es kommen Beschwerdebriefe über den Aufwand bei der Vergabe von Kopfnoten. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Wie viele Menschen mit Ihrer Bildungspolitik unzufrieden sind, konnten Sie einer Umfrage im WDR entnehmen. Es waren 64 % – sprich: zwei Drittel – der Befragten. Das sollte Ihnen wirklich zu denken geben. Wir fragen uns: Haben Sie eigentlich nach dieser Umfrage die Entscheidung getroffen, die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit in einer Nacht- und Nebelaktion zu verdoppeln? Denken Sie einmal darüber nach!

Wir alle erinnern uns auch an Ihren hilflosen Versuch, die durch schwarz-gelbe Politik verursachte Unterrichtsverdichtung an Gymnasien durch den Samstagsunterricht aufzulösen. Eltern, Lehrer und Schüler und die Kommunen haben Ihnen dafür die rote Karte gezeigt.

(Beifall von der SPD)

Die SPD setzt mit ihren Anträgen den Schwerpunkt auf die Bildung von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen im Bereich der Kitas, der Schulen und der Weiterbildung. Wir beantragen für diesen Haushalt 50 Millionen € als Start eines Zukunftsinvestitionsprogramms für den Ganztags an allen weiterführenden Schulen.

(Beifall von der SPD)

Wir fordern Sie auch auf, Ihre Stellenkürzungen zurückzunehmen. Wir wollen die Unterstützung der Kinder aus sozial schwachen Familien bei Lernmitteln und bei Schülerfahrtkosten. Wir fordern nichts anderes, als das zu tun, was Sie versprochen haben, nämlich Klarheit und Wahrheit. Schauen Sie bitte ohne Blicktrübung auf unsere Schulen, die Ihnen wichtige Signale senden! Seien Sie endlich wahrhaftig, den Lehrern, den Eltern und den Schülern gegenüber! Denn die haben es wirklich verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Schäfer. – Für die CDU hat nun der Kollege Recker das Wort.

Bernhard Recker (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das ist schon ein Stück abenteuerlich, Frau Schäfer.

(Beifall von der CDU)

Sie wissen genau, dass Ihre Zahlen wesentlich mit entscheidend dafür waren, dass Sie damals abgewählt wurden.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Jetzt kommt das wieder! Alte Kamellen!)

Ich sage Ihnen genauso – auch das ist Aufrichtigkeit –, dass wir nicht in zwei Jahren das reparieren können, was Sie in 39 Jahren vermasselt haben.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Bringen Sie einmal was Neues!)

Wer ist denn für die 2.000 kw-Stellen verantwortlich, Frau Schäfer? Bitte bleiben Sie doch bei der Wahrheit! Das war doch Ihr Vorhaben und nichts anderes.

(Beifall von der CDU)

Mit der heutigen Regierungskoalition – Sie werden die Zahlen gleich ganz konkret hören – haben die Lehrerinnen und Lehrer und die Schulen endlich wieder einen verlässlichen Partner an ihrer Seite. Es gilt nicht mehr wie seinerzeit „Versprochen – gebrochen“, sondern hier gilt „Gesagt – getan“, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD)

Ich werde Ihnen das an ganz konkreten Zahlen belegen. Frau Kraft, hören Sie bitte gleich einmal zu!

Wir lassen uns nicht in Stufenpläne pressen, wie Sie es seinerzeit getan haben. Wir setzen unseren Koalitionsvertrag um, Schritt für Schritt, Maßnahme für Maßnahme. Eines sage ich auch deutlich:

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Statt das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger in sinnlosen Systemumbrüchen zu verpulvern, wie Sie es vorhaben, meine Damen und Herren, setzen wir das Geld zielgenau für die Schüler ein, da, wo sie im Moment ihren Unterricht erhalten.

Wir haben gesagt, dass wir in dieser Legislaturperiode 4.000 zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Wir werden, wenn wir diese Haushaltsberatungen abgeschlossen haben, 5.084 zusätzliche Lehrerstellen im System haben. Sie haben damals Ihren Stufenplan „Verlässliche Schule“ gebrochen. Wir haben den Koalitionsvertrag schon jetzt mehr als erfüllt.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege.

Bernhard Recker (CDU): Es sind in der Tat beeindruckende Zahlen.

(Zuruf von der SPD: Welche denn?)

Denn neben den von mir gerade erwähnten 5.084 neuen Lehrerstellen werden dem öffentlichen Schulbereich trotz zurückgehender Schülerzahlen rund 3.920 Lehrerstellen belassen, die sogenannten Demografiegewinne, so wie im Ersatzschulbereich rund 260 Lehrerstellen zusätzlich refinanziert werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, mit diesen rund 4.180 Lehrerstellen wurden vor allem strukturelle Verbesserungen ermöglicht: das Vorziehen des Einschulungsalters, der Ausbau der Stundentafel in der Sekundarstufe I mit zusätzlichen Förderstunden, die Vertragsentfristung bei 250 Sozialpädagogen im Hauptschulbereich usw.

Das heißt: Gegenüber der Situation bei der Regierungsübernahme wird sich damit zum Schuljahr 2008/2009 die Unterrichtsversorgung an den öffentlichen und privaten Schulen um 5.084 zusätzlich geschaffene sowie 4.180 trotz zurückgehender Schülerzahlen den Schulen belassene Lehrerstellen, also um insgesamt 9.264 Lehrerstellen, verbessern.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD:
Oh!)

Eine wirklich stolze Bilanz, meine Damen und Herren!

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Löhrmann?

Bernhard Recker (CDU): Nein, ich möchte zunächst fortfahren.

Präsidentin Regina van Dinther: Okay.

Bernhard Recker (CDU): Es ist uns gelungen, die Schüler-Lehrer-Relation in allen Schulformen zu senken. Wir haben das bei den Beratungen diskutiert. Die Stellenbesetzungssituation liegt im Landesdurchschnitt bei über 100 %. Bei den Grundschulen liegen wir bei 106 %, bei den Hauptschulen bei guten 104 %, bei den Realschulen bei 102 %, bei den Gymnasien auch bei 102 %, bei den Gesamtschulen ebenfalls bei über 100 % und ebenso bei den Förderschulen.

Meine Damen und Herren, wenn wir zu dieser guten Entwicklung dann noch hinzurechnen, dass wir auch noch die flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht zur Verfügung stellen, dann kann man wirklich genau sehen – wir haben das doch

feststellen können –: Das ist ein stolzer Erfolg, dass wir in gut zwei Jahren den Unterrichtsausfall um die Hälfte reduziert haben. Eine verdammt stolze Bilanz!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das stimmt so nicht! Realsatire!)

Diese Regierungskoalition ist den Lehrerinnen und Lehrern ein verlässlicher Partner. Im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren, verhängen wir keine fast ein Jahrzehnt dauernde Einstellungssperre. Bei Ihnen haben doch Referendare absolut keine Perspektive gehabt. Zehn Jahre standen sie vor der Tür. Es gab nur Zeitverträge. Sie sind dann zum Teil ausgeschieden. Das war die Situation unter Ihrer Verantwortung.

(Beifall von CDU und FDP)

Jede frei werdende Stelle wurde und wird jetzt neu besetzt. Auch unsere Studierenden können sich darauf verlassen, dass sie hier in Nordrhein-Westfalen ausgebildet werden. Frau Ministerin Sommer hat es bei der Einbringung zum Haushalt deutlich gemacht – und ich wiederhole es gerne –: Zum 1. Februar 2007 konnten 5.542 Referendarinnen und Referendare den Vorbereitungsdienst beginnen. Zum August sind noch einmal 1.961 hinzugekommen. Auch mit dem neuen Haushalt werden wir eine Einstellungsermächtigung von bis zu 7.900 Einstellungen in den Vorbereitungsdienst haben. Angesichts des hohen Einstellungsbedarfs des kommenden Jahres ist das in der Tat eine sehr gute Entwicklung. Die verdient eigentlich die Anerkennung des gesamten Parlaments.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir setzen auch klare Prioritäten in den richtigen Bereichen. Meine Damen und Herren, nachdem Sie von der Opposition über Jahre den Abgang auf die Hauptschulen vorbereitet haben und sich nun auch in fast allen Diskussionen als Totengräber einer verfassungsrechtlich geschützten Schulform bestätigen, sind wir von der Zukunftsträchtigkeit der Hauptschule überzeugt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir geben den Hauptschulen endlich eine realistische Chance. Meine Damen und Herren, wir haben den Hauptschulen endlich die Möglichkeit zum Ganztagsunterricht gegeben. Es war pädagogisch und sozial unverantwortlich, gerade dieser Schulform die Chance über Jahrzehnte nicht zu geben.

(Beifall von der CDU – Edgar Moron [SPD]:
Richten Sie das an die FDP!)

Wir haben gesagt, dass wir mindestens 50.000 Plätze erreichen wollen. Und gesagt, getan: Mit dem neuen Haushalt werden wir zum Schuljahresbeginn weitere 116 Hauptschulen in den Ganztags bringen und im Endausbau 86.000 Plätze erreichen.

(Zuruf von der SPD: Wie der Nikolaus – außen rund und innen hohl!)

Während Sie sich seinerzeit ziel- und planlos mit der Gießkanne zufriedengegeben haben, haben wir Ihr Gesamtschulprivileg durchbrochen.

(Beifall von der CDU)

Das ist ein effektiver Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Meine Damen und Herren, wer die Bildungspolitik verändern will, braucht ein klares Ziel und eine klare Leitlinie.

(Edgar Moron [SPD]: Das fehlt ja!)

Wir sind als Regierungskoalition angetreten, den von Ihnen chancenlos Gemachten endlich wieder eine Chance zu geben.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir hatten das ungerechteste Bildungssystem übernommen, als Sie – im Grunde 1995 – von der Regierung abgelöst wurden.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Witzel [FDP]: So ist das! – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Meine Damen und Herren, das gelingt uns am besten durch individuelle Förderung und Verbesserung der Durchlässigkeit. Die Durchlässigkeit haben wir im Schulgesetz geregelt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Deswegen findet die noch lange nicht statt!)

Für die individuelle Förderung stehen erstmals 3.500 Stellen zur Verfügung. Wir wissen: Individuelle Förderung bedeutet meist auch zusätzliche Lehrerstellen. Wir haben sie zur Verfügung gestellt.

Aber ich wiederhole es gerne – das sagen wir auch der Öffentlichkeit –: Wir konnten in zwei Jahren nicht das nachholen, was Sie in 39 Jahren versäumt haben.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Meine Damen und Herren, wo ist Ihre Ganztagsinitiative in den all den Jahren geblieben?

(Hannelore Kraft [SPD]: Haben wir das Gesetz gemacht oder Sie? Von Ihnen müssen wir uns gar nichts vorwerfen lassen!)

Wir haben das Problem erkannt und stellen den Kommunen weitere 80 Millionen € zur Verfügung.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD] – Gegenruf von Ralf Witzel [FDP])

– Frau Kraft, Sie haben den Kommunen einen Investitionsstau von mehr als 5 Milliarden € hinterlassen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer klaut den Kommunen denn mehr Geld als Sie? Sie greifen denen doch in die Tasche!)

Das müssen wir jetzt bezahlen, und wir machen es gerne.

(Beifall von der CDU)

Ich erinnere an die offene Ganztagschule nur als Beispiel. Was haben Sie gemacht? Sie hatten 0,1 Lehrerstellen zur Verfügung gestellt. Die konnten kapitalisiert werden. Das waren für 600 offene Ganztagschulen genau 8 Lehrpersonen, meine Damen und Herren.

(Dieter Hilser [SPD]: Jetzt fängt er an zu rechnen! Jetzt wird es schwierig!)

Wir haben immer gesagt: Da, wo Schule dran steht, muss Schule drin sein. Darum war es richtig, dass wir den Lehrstellenanteil verdoppelt haben und im Haushalt 2008 weitere 190 Stellen zur Verfügung haben. Dann sind wir bei einer Zahl von 1.551.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Ich finde, das ist ein hervorragender Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Bildungschancen. Genau das ist unser Ziel.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind stolz darauf, diesen Haushalt so vorlegen zu können. Wenn Sie von Rot-Grün noch ein wenig Gespür für politische Fairness hätten und die schulische Realität wirklich zur Kenntnis nehmen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das müssen Sie gerade sagen! – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

sollten auch Sie darüber erfreut sein und müssten wirklich mit vollem Herzen zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kollege Recker. – Für die FDP spricht nun Kollegin Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Landtagsfraktion begrüßt ausdrücklich den vorgelegten Haushaltsentwurf 2008 für den Einzelplan Schule und Weiterbildung. Er spiegelt wider, dass FDP und CDU für eine verlässliche Bildungspolitik stehen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ah!)

Sie hat für uns – das kommt bei den vorliegenden Haushaltszahlen zum Ausdruck – zentrale Bedeutung. Denn das Haushaltsvolumen für den Bereich Schule und Weiterbildung macht mehr als ein Viertel des gesamten Landeshaushalts aus.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das war schon immer so! Das ist nicht neu!)

Meine Damen und Herren, vor zweieinhalb Jahren haben wir den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, dass wir uns mit aller Kraft für eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung einsetzen. Genau das haben wir getan.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja, genau! Merke ich jeden Tag!)

Zur Nachhilfe, Frau Schäfer, um es einfach darzustellen, nicht mit vielen, sondern mit ganz wenigen Zahlen: Versprochen haben wir 4.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung bis 2010.

(Ursula Meurer [SPD]: Ach, andere Zahlen!)

Bereits realisiert einschließlich Haushaltsentwurf 2008 haben wir 3.204 Stellen.

(Ursula Meurer [SPD]: Schon wieder neue Zahlen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein. Sie müssen weiter zuhören. 2.400 zusätzliche Lehrerstellenäquivalente für den Ganzttag haben wir bis 2010 versprochen. Davon haben wir bereits 1.880 realisiert, sodass wir auf genau die Zahl kommen, die Herr Recker eben auch genannt hat, nämlich 5.084 zusätzlich geschaffene Lehrerstellen.

In dieser Berechnung, Frau Schäfer, sind bereits die 1.500 realisierten kw-Stellen, die Sie mit 2.000 angesetzt haben und sehr schnell realisieren wollten, berücksichtigt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir haben für 2008 überhaupt keine Stellen angesetzt!)

Das sind die wahren Zahlen, und die schreiben Sie sich doch bitte einmal hinter die Ohren! Und wenn Sie ein bisschen Nervennahrung brauchen – vielleicht können wir nachher mal einen Nikolaus austauschen.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Was so schön am Nikolaus ist, ist, dass er rot ist!)

Ich spreche Frau Ministerin Sommer jedenfalls ein großes Lob aus, dass dieses ambitionierte Vorhaben gelungen ist und weiterhin gelingen wird, obwohl unser Land immer noch hoch verschuldet ist und wir viel Arbeit damit haben, den von Rot-Grün hinterlassenen enormen Schuldenberg abzubauen. 204 Lehrerstellen, die nach alten Plänen der rot-grünen Vorgängerregierung schon im kommenden Jahr wegfallen sollten, bleiben bis 2013 erhalten. Darauf sind wir stolz. Dafür haben wir uns sehr eingesetzt. Sie wissen, wie teuer das ist.

Der Ganzttag wird, wie zugesichert, auch weiter ausgebaut.

(Frank Sichau [SPD]: Der Ganzttag?)

Die Kommunen erhalten Mittel für 190 zusätzliche Lehrerstellenäquivalente im Primarbereich und Mittel für 100 zusätzliche Lehrerstellen im Bereich der Ganzttagshauptschule.

(Hannelore Kraft [SPD]: Regionale Schule oder Hauptschule?)

2008 werden weitere 116 Hauptschulen in Ganzttagsschulen umgewandelt, sodass es in Nordrhein-Westfalen dann insgesamt 250 erweiterte Ganzttagshauptschulen gibt. Dies entspricht im Endausbau 86.000 Plätzen an Ganzttagshauptschulen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Unseren Anspruch bis 2012, die Marke von 50.000 Ganztagsplätzen in der Hauptschule zu erreichen, haben wir bereits im Jahre 2008 erfüllt.

(Zuruf von Achim Tüttenberg [SPD])

Mit diesem Haushalt wird auch die schulpsychologische Betreuung verstärkt. Hier sind im Landeshaushalt zusätzlich 50 Stellen veranschlagt.

Um Ihnen in Erinnerung zu rufen, wie es über Jahre ausgesehen hat bis zu unserer jetzigen Initiative: Bisher standen gerade einmal 71 Landesstellen zur Verfügung.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ausgetauscht gegen Lehrerstellen!)

50 Stellen kommen dazu. Das ist eine Steigerung von 70 %.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber 50 Lehrerstellen stattdessen gestrichen! Bleiben Sie doch bei der Wahrheit!)

Das sollten Sie doch anerkennen! Wer das nicht anerkennt, der hat den Blick für die Realität verloren, der will der Bildungspolitik in diesem Lande ganz bewusst schaden.

(Beifall von der FDP)

Erkennen Sie endlich an, dass wir Riesenanstrengungen unternehmen! Hinzu kommen noch die kommunalen Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen. So stellen Land und Kommunen gemeinsam mehr als 255 Stellen bereit. Dass wir da durchaus noch Potenzial für die Zukunft sehen, ist doch völlig klar. Nur: Sie haben nichts getan. Wir stocken die Landesstellen um 70 % auf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den demografischen Wandel – Stichwort: rückläufige Schülerzahlen – nutzen wir nicht als Spardose. Die Lehrerstellen werden nicht von CDU und FDP kassiert, wie Rot-Grün es vermutlich getan hätte,

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist spekulativ!)

sondern verbleiben im System. Sie werden für neue Aufgaben verbraucht – zum Beispiel 280 Stellen für den Englischunterricht in Klasse 1 –, tragen aber auch zur weiteren Verbesserung der Unterrichtssituation bei.

Auch die Schüler/Lehrer-Relation konnte durch FDP und CDU inzwischen verbessert werden: von – hören Sie gut zu! – 18,59 zuletzt unter Rot-Grün auf 17,52 im Haushalt 2008.

Auf zwei weitere Bereiche des Schulhaushalts gehe ich gerne ein:

Erstens. Nordrhein-Westfalen fördert Mittagessen in Ganztagschulen für rund 65.000 bedürftige Kinder. Der Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ist für 2008 mit einem Volumen von 13,5 Millionen € etatisiert. Jedem begründeten Antrag wird entsprochen.

Zweitens. Private Ersatzschulen bereichern das Schulangebot, sind eine zusätzliche wertvolle Säule in unserem Schulsystem. Zurzeit werden sie von rund 205.500 Schülerinnen und Schülern besucht. Diese Zahl wird Prognosen zufolge ansteigen. Mit dem Haushalt 2008 wachsen die anteiligen Erstattungen erstmals auf über 1 Milliarde €. Endlich werden wieder mehr private Ersatzschulen genehmigt und gegründet. Die Bürokrati-

ehürden und auch die ideologischen Hürden sind abgebaut.

(Horst Becker [GRÜNE]: Och!)

Im Zusammenhang mit Schule möchte ich in unserer Debatte eines nicht unerwähnt lassen: Gelb-Schwarz hat im Einzelplan von Herrn Minister Laschet rund 28 Millionen € für Sprachförderung und das Sprachstandsfeststellungsverfahren veranschlagt. Ich erinnere daran, dass Rot-Grün seinerzeit nur 7,5 Millionen € für Sprachförderung verausgabt hat. Sie können mal ermitteln – Kopfrechnen –, wie viel Prozent das ausmacht.

Zur Unterstützung kommunaler Investitionen erhalten die Schulträger im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes eine pauschale Zuweisung. Die bisherige Schulpauschale wird zu einer Schul- und Bildungspauschale fortentwickelt und von 460 Millionen € auf 540 Millionen € erhöht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, schließlich noch einige Bemerkungen zur Weiterbildung, die eine wichtige Säule unseres Bildungswesens ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deshalb wird das auch gekürzt!)

Trotz knapper Kassen sollen die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen nicht auf ein Grundangebot gesellschaftlich wichtiger Weiterbildung von gesicherter Qualität verzichten. Überall da, wo ein gesellschaftliches Interesse besteht, wollen FDP und CDU Maßnahmen der Weiterbildung stützen.

Wir setzen auf eine verlässliche Förderung auf der Basis des Haushalts 2007. Sowohl die Ansätze der Weiterbildungsmittel nach dem Weiterbildungsgesetz als auch die zusätzlichen Mittel des Europäischen Sozialfonds werden im kommenden Jahr fortgeschrieben. In Zahlen entspricht dies rund 88 Millionen € Grundförderung und 12 Millionen € ESF-Mittel.

Meine Damen und Herren, ein runder Haushaltsentwurf verdient unsere Zustimmung, eigentlich auch Ihre, und dafür werbe ich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war eine schlechte Werberede!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen heute Morgen von Jägerlatein, dem Schleiertanz der Ministerin, den Fettnäpfchen, in die Herr Laschet gestern getreten ist, und außerdem von der schwarz-gelben PISA-Posse berichten. All das passt zu dem wunderbaren Haushalt, der uns hier vorliegt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist immer wieder ein Vergnügen, den Buden- und Stellenzauber, den Sie mit dem Einzelplan 05 vollbringen, zu sezieren. Kollegin Schäfer hat dazu schon einiges gesagt. Das Prinzip der Doppelbuchung und der virtuellen Kontingente von sogenannten Stellen für individuelle Förderung, gegen Unterrichtsausfall, für mehr Fachunterricht ändert sich von Haushalt zu Haushalt nicht. Dabei ist es unvermeidlich, die überschwappenden Selbstlobhudeleien der Regierungsfractionen entgegenzunehmen, die sich mit Erfolgsmeldungen, was die Schaffung neuer Lehrerstellen angeht, überbieten.

Das ist so wie beim besten klassischen Jägerlatein: Der Erste erzählt vom Reh, das geschossen wurde. Bei dem Zweiten war es schon ein junger Hirsch. Die Dritte verlautbart, dass es sich um einen Zehnder handelte. Und mit der neuesten Verlautbarung ist es dann ein Sechzehnder, der größte, der jemals in Europa gesehen wurde.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber, wenn man genau hinschaut, handelte es sich bei der Beute eigentlich nur um den Stallhasen von nebenan.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von GRÜNEN und SPD)

Im Haushalt 2008 ist es so wie immer: Die Stelendeputate werden fleißig zwischen den einzelnen Haushaltskapiteln verschoben; das ist der Schleiertanz der Ministerin. Ein besonders schöner Trick in diesem Jahr: Die Stellen für den Ganztagsunterricht in Grundschulen und Hauptschulen werden nicht mehr gesondert ausgewiesen, sondern in die Gesamtübersicht, in die Gesamtzahl der Stellen gepackt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Kreativ!)

Schwups, hat man nicht mehr 147.981 Stellen in der Gesamtübersicht, sondern auf einen Schlag 150.248. So kann die Tatsache verschleiert werden, dass der Haushaltsentwurf für 2008 in der nackten Bilanz eine Reduzierung von vier Grundstellen vorsah. Da war nichts mehr mit zusätzlichen Lehrerstellen! Mit Ihrem Stellengeschlebe

versuchen Sie, den Leuten im Land Sand in die Augen zu streuen. Die Schulen merken aber genau, was vor Ort ankommt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Eltern merken das, die Großeltern merken das. Sie können die Öffentlichkeit nicht über Jahre hinweg täuschen. Das lässt Ihnen doch keiner durchgehen. Und wir gehen Ihnen schon gar nicht auf den Leim.

(Hannelore Kraft [SPD]: Kreative Ökonomie!)

– Ja, Kreativität sollte in diesem Land anders aussehen; das würde ich mir schon wünschen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Täglich treffen Hilferufe aus den Schulen bei uns ein. Es geht um Unterrichtsausfall, um unbesetzte Stellen, um fehlende Krankheitsvertretungen. Ihre vielgepriesene Unterrichtsausfallstatistik ist keine Statistik, die über guten Unterricht Auskunft gibt, sondern vor allem eine Schüleranwesenheitsstatistik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Eltern bekommen doch mit, dass ihre Kinder schon in den Grundschulen Stunden, die eigentlich ausfallen würden, allein im Klassenzimmer ableisten müssen, zum Teil mit Lehrern und Lehrerinnen, die kein Vertretungskonzept haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben die früher nach Hause geschickt!)

– Ja, Herr Witzel. Schonen Sie Stimme! Es hat mir auch gut getan, krankheitsbedingt mal nichts zu sagen. Das ist besser, und vor allen Dingen kämen Sie dann inhaltlich ein Stück weiter. Das, was in dieser Statistik steht, bildet also leider auch nicht die Realität in den Schulen ab. Davon sprechen die Berge von Eingangspost bei uns eine beredete Sprache.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Eltern wissen auch, dass Sie die Verantwortung für den Unterrichtsausfall gleichzeitig den Schulen in die Schuhe schieben wollen, obwohl die Ressourcen nicht da ankommen, wo sie gebraucht werden.

Nun – –das ist ja auch was Tolles – haben die Regierungsfractionen tatsächlich einen Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf gestellt. Bravo! Der Haken an der Sache: Es werden keinesfalls zusätzliche Stellen geschaffen, wie immer wieder vollmundig verkündet wird. Vielmehr werden tatsächlich gut 200 der 500 kw-Stellen, die

Sie jedes Jahr abbauen wollen, weniger abgebaut.

(Ralf Witzel [FDP]: Das sind Ihre kw-Stellen! Sie haben sie hinterlassen! – Gegenrufe von der SPD)

Das macht unter dem Strich 200 zusätzliche Stellen im Haushalt 2008.

Wie gesagt: Der Sechzehnder wird verkündet, der Stallhase wird erlegt. Das ist Ihr Prinzip.

(Lebhafter Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Wichtigste ist aber: Es geht nicht darum geht, dass für die Schulen Ressourcen freigemacht werden. Der entscheidende Punkt in diesem Hause muss doch sein, wie das Geld eingesetzt wird und wo die Ressourcen ankommen.

Bei Ihnen geht es hingegen um die bildungspolitisch unsinnigste und ineffektivste Maßnahme überhaupt: einzügige Hauptschulen künstlich am Leben zu erhalten. Sie versündigen sich damit an der Zukunft der Kinder, die Sie dorthin manövrieren wollen – ohne Chancen auf einen höher qualifizierenden Abschluss.

(Lebhafter Beifall von GRÜNEN und SPD)

Tun Sie das den Kindern, tun Sie das den Eltern und tun Sie das den Lehrkräften nicht weiter an. Die können gegen diese Systemfalle nämlich nicht anarbeiten.

Ihre gelifteten Erfolgsmeldungen in Sachen Hauptschule verschweigen, dass der Schülerjahrgang in diesem Jahr größer war und dass die Ganztagschulen sich nur noch vom schnelleren Aderlass an den Halbtagschulen am Leben erhalten.

(Hannelore Kraft [SPD]: Richtig! Nur so!)

Und was heißt denn eigentlich „im Einzelfall 10 % Schüler am Standort mehr“? 10 % von 20 oder 30 Schülern sind zwei oder drei Schüler mehr – und die haben Sie auch noch über die Grundschulempfehlungen zwangsweise dahin verwiesen. Das ist die Wahrheit in diesem Land!

(Lebhafter Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Recker, ich möchte Ihnen gratulieren. Sie gehören ja auch schon zu den Gesamtschuleltern. Ich bin Gesamtschulmutter; Sie sind Gesamtschulvater. Ich finde es richtig, dass Sie die Kinder da angemeldet haben und nicht an der Hauptschule. Das war eine weise Entscheidung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Bernhard Recker [CDU] schüttelt den Kopf.)

Also akzeptieren Sie doch endlich insgesamt, dass die Hauptschule ein Auslaufmodell ist. Damit können Sie auch die Wirtschaft nicht zur Abnahme der dortigen Schülerinnen und Schüler knebeln. Das machen die Schulen in Horstmar und Schöppingen nicht mehr mit, weil das Anforderungsprofil für zukunftssichere Berufe ganz anders aussieht als Ihre Hauptschulrolle Rüttgers. Die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk machen das auch nicht mehr länger mit. Und die Kommunen machen das schon längst nicht mehr mit – auch die schwarz regierten nicht.

Damit bin ich schon bei den Fettnäpfchen, die der Integrationsminister Laschet gestern so grandios mitgenommen hat.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das waren keine Fettnäpfchen, sondern Ölwannen!)

Selbst dem eloquenten Minister ist es nicht gelungen, die Durchlässigkeit von der Hauptschule zum Gymnasium zu erläutern. In der Sekundarstufe I ist das auch faktisch unmöglich. Im Laufe der Sek I fallen bereits benachteiligte Schüler/-innen in dem benachteiligenden Bildungsgang noch weiter zurück. Das hat auch die PISA-Studie jetzt noch einmal sehr deutlich gezeigt.

Darüber müssten Sie erschrocken und erschüttert sein und sofort umsteuern. Stattdessen mauern Sie sich hier weiter ein, bringen morgens Ihr Glaubensbekenntnis in der Fraktion ein, alle werden darauf eingeschworen und müssen dann hier entsprechend antanzen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist vielleicht bei den Grünen so!)

Was ist denn mit denen, die an der Ausschussreise teilgenommen haben? Müssen die alle ihr Gedächtnis löschen? Müssen die alle ihr Bewusstsein an der Fraktionssaaltür abgeben? Das ist doch peinlich!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ausgerechnet der Integrationsminister verkündet von dieser Stelle aus auch noch enthusiastisch und unverblümt, dass die Hauptschule die Schule für die Migrant/-innen ist.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja! – Lachen von Frank Sichau [SPD])

Ausgerechnet der Integrationsminister! Das ist eigentlich ein Skandal.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jetzt haben wir alle noch einmal ganz genau gehört, welcher Platz den Migrant/-innen in der In-

tegrationspolitik von NRW zugewiesen wird – nämlich die Hauptschule.

Darüber hinaus hat Herr Laschet noch einmal sehr unbedacht von den Sprachstandserhebungen gesprochen. Seit bei der Anhörung hier im Hause Frau Prof. Fried der Kragen geplatzt ist, haben wir es doch alle schwarz auf weiß. Sie weigert sich inzwischen, die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass ihre Instrumente ohne ausreichende Eichung und ohne ausreichende Erprobung über ganz NRW gegossen worden sind: 180.000 Kinder als Versuchskaninchen,

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Hunderte Erzieherinnen und Lehrkräfte im Feldversuch! Frau Fried selbst sprach von einem Experimentier- und Erprobungsstadium ihrer Instrumente.

Sie beide, Frau Ministerin Sommer und Herr Minister Laschet, tragen die Verantwortung für diesen unglaublichen Vorgang, bei dem Ressourcen und Energien ineffektiv eingesetzt worden sind und dessen Ergebnisse zudem zweifelhaft sind, weil offensichtlich eine Menge Kinder aus der Förderung gefallen sind. Der Schulamtsleiter in Düsseldorf hat festgestellt, dass allein dort über 1.000 Kinder in diesen beiden Gängen nicht erfasst worden sind. Das ist ein unglaublicher Vorgang.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben ein wichtiges und richtiges Anliegen gründlich versemelt, Frau Ministerin.

Das alles beschreibt den ineffizienten und ineffektiven Ressourceneinsatz und die Haushaltskomödie, die die Koalition der Beteuerung und Vereinerung in diesem Hause veranstaltet, äußerst zutreffend.

En passant zeigt sich das auch beim Thema Kopfnoten. Die GEW hat dazu die hübsche Rechnung aufgemacht, nach der dieser Unfug für die Schulen in NRW einen Ressourcenaufwand von ca. 1.100 Stellen ausmacht. Was man damit alles an sinnvoller Förderung machen könnte!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir Grüne haben in unseren Haushaltsberatungen einen Schwerpunkt auf das Thema Schulmahlzeit gelegt. Wir freuen uns durchaus über den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“, den es ohne uns überhaupt nicht geben würde. Bleiben wir doch bei der Wahrheit! Das ist ein schönes Beispiel dafür, dass grüne Politik selbst aus der Opposition heraus Bewegung bringt und Fak-

ten schafft. Trotzdem: Ein solcher Fonds für zwei Jahre reicht nicht. Arme Kinder müssen in der Schule etwas zu essen bekommen, egal ob Ganztagschule oder nicht. Wir lassen da auch nicht locker.

Zudem mögen Sie sich wieder einmal elegant an der Problematik der Schulzeitverkürzung und des kahlen Ganztags an den Gymnasien vorbei. Lange Tage und Unterrichtsverdichtung schon von der fünften Klasse an – so kann man nicht vernünftig lernen. Wir fordern deshalb den Rechtsanspruch auf eine warme Mahlzeit in der Schule. Mit unseren Haushaltsanträgen wollen wir die Kommunen mit einer Anschubfinanzierung beim Bau von Küchen und Mensen unterstützen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen gewährleisten, dass das Land die Kosten für das Mittagessen armer Kinder übernimmt und kein Kind aus finanziellen Gründen vom Mittagessen in der Schule ausgeschlossen ist.

Wenn Sie das nicht machen, ist das Ihre Verantwortung. Sie wollten doch sowieso alles privat finanzieren – am besten über Patenschaften, Frau Pieper-von Heiden.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: So ist es! Das ist doch prima!)

Dann mal los! Es besteht noch ganz schön viel Bedarf in diesem Land.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was lernen wir denn aus PISA? Das ist eine überaus spannende Frage. Die Ministerin hat sich heute in der „WAZ“ ja erfreulicherweise zu PISA bekannt und einen Ausstieg zurückgewiesen. Sie hat auch der Versuchung widerstanden, Andreas Schleicher zum Sündenbock für die deutsche Misere zu machen – anders als Frau Wolff in Hessen. Frau Wolff sollte aber wohl eher beim Kreationismus bleiben als bei wissenschaftlicher Expertise; das liegt ihr offensichtlich näher.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt ja auch noch Frau Pieper-von Heiden, die in der Presse gesagt hat, sie habe keine Lust mehr, sich von ideologiegeprägten Wissenschaftlern an der Nase herumführen zu lassen. Das war natürlich ein Tritt vor das Schienbein von Prof. Pinkwart,

(Heiterkeit und Beifall von GRÜNEN und SPD)

der vorgeschlagen hat, mit der Regionalschule die Bildungsqualität zu verbessern. Da machen die

Charmebolzen in Ihrer Fraktion erst mal richtig Stimmung! Frau Thoben hat ja auch schon erfahren, wie das ist, wenn man vom Koalitionspartner geliebt wird. Das ist wirklich Klasse.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber ein Satz, Frau Ministerin, ist dann doch entlarvend. Sie haben gesagt: Wenn ich wüsste, dass eine andere Schulstruktur helfen würde, ich würde sofort etwas daran tun. – Heute ist Nikolaus, nächste Woche haben Sie Geburtstag. Ich werde Ihnen den nötigen Lesestoff gerne schenken. In der Weihnachtszeit ist viel Zeit, das zu lesen, darüber nachzudenken und die Erkenntnisse dann auch umzusetzen.

Was zählt, ist die Tatsache, dass wir mit dem starren Festhalten an diesem System seit den ersten PISA-Veröffentlichungen nicht vorangekommen sind: nicht in der Lesekompetenz, nicht in der Mathematikkompetenz und nicht in den Naturwissenschaften – das zeigen auch die PISA-Vergleichsaufgaben alten Typs.

Das Beschämendste ist jedoch das Abhängen sozial benachteiligter Kinder und darunter vor allen Dingen der Migrant/-innen.

Innere und äußere Schulreformen müssen Hand in Hand gehen. So muss der Haushalt gestaltet werden. Sonst wird der Gordische Knoten nicht durchschlagen werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Beer. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man kann Debatten ja unterschiedlich führen: sehr emotional oder eher sachlich.

(Frank Sichau [SPD]: Jetzt kommt die Emotionale!)

Nach der Rede von Frau Beer sollte man wieder auf den Boden der Tatsachen zurückkommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Man sollte die Debatte so führen, wie sie sein sollte; es ist nämlich eine Haushaltsdebatte und nicht ein Rundumschlag rot-grüner Bildungspolitik.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass es wichtig ist – das ist bisher in den Reden vergessen worden –, an dieser Stelle einmal denjenigen zu danken, die das geschafft haben, was wir jetzt

in den Schulen vorfinden. Es gibt nach PISA und IGLU deutliche Zuwächse. An dieser Stelle – das gehört für mich auch in eine Haushaltsdebatte – möchte ich den Lehrerinnen und Lehrern meinen herzlichen Dank sagen, die ihre Schülerinnen und Schüler zu dem gebracht haben, was sie jetzt darstellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Lob und Anerkennung – das wissen wir – reichen selbstverständlich nicht aus. Wir brauchen zusätzliche Lehrerstellen, die unterstützend wirken.

Ich finde es schon sehr befremdlich, dass sich Lipper Gymnasien zusammengetan und darüber geklagt haben, dass sie so wenige Lehrer haben. Nach meinen Informationen – ich werde dem aber noch einmal nachgehen – haben sich die Lehrerinnen und Lehrer nicht daran beteiligt, sondern es war insbesondere eine Schülerumfrage.

(Ute Schäfer [SPD]: Eltern!)

– Oder eine Elternumfrage. – Die Lehrerinnen und Lehrer haben uns jedenfalls gespiegelt, Frau Schäfer, dass sie mehr Lehrer haben. Ich meine, man sollte auf die wirklichen Experten, nämlich die Lehrerinnen und Lehrer, hören.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Die Eltern merken, dass die Kinder zu Hause sind! -Weiterer Zuruf von der SPD: Die Eltern sind auch Experten!)

Bis zum 1. August 2008 werden wir nach dem Haushaltsentwurf der Landesregierung an öffentlichen und privaten Schulen 4.880 zusätzliche Lehrerstellen eingerichtet und finanziert haben. Den Koalitionsfraktionen bin ich dankbar, dass sie bei den Haushaltsberatungen einen Weg gefunden haben, die Hauptschulen mit weiteren 204 Stellen zu unterstützen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es werden dann insgesamt 5.084 – Herr Recker hat es schon gesagt – zusätzliche Stellen sein, und das, meine Damen und Herren, wirklich netto, völlig unabhängig von der kw-Problematik, die uns beschäftigt hat und über die Frau Schäfer und ich uns immer wieder auseinandersetzen müssen. Es sind Nettozahlen!

(Beifall von CDU und FDP)

Darüber hinaus werden wir dem Schulbereich im nächsten Schuljahr trotz zurückgehender Schülerzahlen rund 3.920 Lehrerstellen belassen, die sogenannten Demografiegewinne. Im Ersatzschulbereich werden zudem rund 260 Lehrerstellen für Standardverbesserungen refinanziert. Mit

diesen rund 4.180 Stellen können wichtige strukturelle Verbesserungen in den Schulen des Landes verwirklicht werden.

(Beifall von der CDU)

Das sind Studentafeln, Förderstunden, Sprachförderung und Sozialpädagogen in Hauptschulen. Gegenüber der Situation bei der Regierungsübernahme wird sich die Unterrichtsversorgung an den Schulen damit bis zum 1. August 2008 um insgesamt – diese Zahl kann man sich wirklich merken – 9.264 Stellen verbessert haben. Eine derartige Verbesserung gibt es in keinem anderen Bundesland!

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben eben gehört: Jeder hat sein Lieblingsthema, jeder hat, wenn er die Macht über das Mikrofon hat, natürlich auch die Möglichkeit, dieses darzustellen. Sehr geehrte Frau Beer, ich sage deswegen auch etwas zur Hauptschule. Lassen Sie mich aber trotzdem sagen – das hat nicht unbedingt etwas mit der Haushaltsdebatte zu tun –: Stallhasen unterliegen nicht dem Jagdrecht.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, unsere besondere Aufmerksamkeit haben die Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen verdient. Im Leitartikel der „Zeit“ vom 28. September letzten Jahres fordert die Autorin Dr. Susanne Gaschke eine ideelle und materielle Stärkung der Hauptschulen in der Bundesrepublik. Sie fragt: Wo gibt es Sprachstandsuntersuchungen vor dem Schuleintritt? Welche Hauptschulen kooperieren schon heute mit der Wirtschaft und vermitteln ihre Schüler direkt in Praktika oder Ausbildungspartnerschaften? Sie mahnt eine Bevorzugung der Hauptschulen bei allen Ganztagserschulungsprogrammen und einen Risikoausgleich für soziale Brennpunkte an.

Meine Damen und Herren, Sie kennen die Antwort: Das alles gibt es bereits bei uns in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von CDU und FDP)

Nordrhein-Westfalen ist das einzige Bundesland, in dem bei allen Kindern bereits zwei Jahre vor der Einschulung festgestellt wird, ob sie die deutsche Sprache hinreichend beherrschen. Falls nicht, werden sie gefördert. 30.000 Kinder, dazu 28 Millionen €

Zur Stärkung der Berufsorientierung gerade an Hauptschulen haben wir eine Rahmenvereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit geschlos-

sen. Die Bundesagentur unterstützt dieses Projekt mit 30 Millionen €

Wir haben es eben schon von Herrn Recker und Frau Pieper-von Heiden gehört: In Bezug auf den erweiterten Ganztag in Hauptschulen haben wir 50.000 Plätze zugesagt. Das werden wir nicht halten können – nein, es wird viel mehr. Wir werden am Ende – 2013 – nämlich 86.000 Ganztagsplätze geschaffen haben. Das ist eine wundervolle Sache.

(Beifall von CDU und FDP)

Hierfür stehen insgesamt 720 zusätzliche Lehrerstellen bereit. Allein 2008 legen wir noch einmal 100 Lehrstellen für den Ganztag im Hauptschulbereich dazu.

Was in der „Zeit“ Risikostrukturausgleich heißt, das kennen wir in Nordrhein-Westfalen längst – es heißt bei uns nur Sozialindex. Wir stellen den Hauptschulen 520 zusätzliche Lehrerstellen nach dem Sozialindex zur Verfügung, um Schulen in sozial belasteten Bereichen gezielt zu unterstützen.

Unsere Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen – das darf man nicht gering schätzen – nehmen die Hauptschule wieder an, Frau Beer. Schüler und Eltern erkennen ihre Attraktivität. Im laufenden Schuljahr – auch das ist zunächst einmal nur eine Zahl, aber für mich eine erfreuliche Zahl – kommen 1.000 Kinder mehr von der Grundschule in der Hauptschule an. In den Ganztagschulen haben wir einen Zuwachs von 10 %. Ich freue mich darüber sehr.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn ich wie am vergangenen Samstag im „Westfalen-Blatt“ die Überschrift „Ansturm auf Ganztagschulen“ lese, dann weiß ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Ganztag wird von vielen Pädagogen und auch Eltern als Schlüssel zum Bildungserfolg betrachtet. An den Grundschulen und Förderschulen im Primarbereich gab es bei Übernahme der Regierungsverantwortung durch CDU und FDP 71.000 Ganztagsplätze. Wir wollen 2008 mehr als 182.000 erreichen. Die Zahl der Lehrstellen für den offenen Ganztag im Primarbereich werden wir um 190 auf dann 1.551 erhöhen. Insgesamt werden wir 2008 mehr als 187 Millionen € für den offenen Ganztag investieren.

Mehr Ganztag – das wissen wir auch – ist oft mit Bauinvestitionen verbunden. Das Land wird des-

halb die bisherige Schulpauschale zu einer Bildungspauschale fortentwickeln und um 80 Millionen € auf dann 540 Millionen € erhöhen. Man kann das kleinreden, meine Damen und Herren, nach dem Motto: linke Tasche, rechte Tasche. – Das haben wir alles schon gehört. Aber die Kommunen bekommen nicht nur eine erhöhte Schulpauschale, sie erhalten im Rahmen des Steuerverbundes auch rund 855 Millionen € mehr als in 2007. Das entspricht einer Steigerungsrate von 12,7 %. Dies gilt vor allem für die Kommunen im Nothaushalt, die andernfalls überhaupt keine zusätzlichen Investitionen im Schulbereich tätigen könnten.

Eben habe ich über Lehrerinnen und Lehrer gesprochen und welchen Wert wir darauf legen, dass sie gut ausgebildet sind und dass sie die Qualität von Unterricht sichern. Gute Schulen benötigen gute Lehrer. Wir haben ein Sechspunkteprogramm zur Sicherstellung der Lehrerversorgung vorgelegt. Jahr für Jahr haben wir die Kapazitäten für die Ausbildung des Lehrernachwuchses erhöht. Auch mit dem Haushalt 2008 werden noch einmal 442 zusätzliche Stellen für Lehramtsanwärter ausgebracht. Seit 2005 werden wir dann 2.165 zusätzliche Stellen für die Lehrerausbildung geschaffen haben. Wir werden in den kommenden Jahren auch den Anteil der Lehrerinnen und Lehrer mit Zuwanderergeschichte durch verschiedene Maßnahmen erhöhen.

Lassen Sie mich bitte noch ein Wort zu dem Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ sagen. Natürlich hat es immer viele Väter und viele Mütter, wenn es gut läuft. Mit dem Haushalt 2008 werden wir 13,5 Millionen € zur Verfügung stellen,

(Beifall von CDU und FDP)

damit auch bedürftige Kinder an Ganztagschulen die Möglichkeit haben, am Mittagessen teilzunehmen.

Natürlich, sehr verehrte Damen und Herren von der Opposition, werden Sie sagen: Mehr, mehr, mehr! – Das kennen wir schon.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Armut ist nicht teilbar!)

Dieses „Mehr, mehr, mehr!“ beziehen wir jetzt einmal auf die Schulpsychologen. Dieses Phänomen erleben wir ja auch dort. 20 Jahre – das müssen Sie sich einfach sagen lassen – hat es in diesem Bereich einen Stillstand gegeben. Da ist gar nichts gelaufen.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir haben noch in diesem Jahr gehandelt und die Zahl von 50 auf nunmehr 120 aufgestockt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Bleiben Sie doch bei den Fakten! Das stimmt doch nicht!)

Zusammen mit den kommunalen Stellen haben wir dann insgesamt rund 260 Stellen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Die hat es doch immer gegeben im Rahmen der Erziehungsberatungsstellen!)

– Sie haben nichts mehr gemacht. Hören Sie mir bitte zu!

(Hannelore Kraft [SPD]: Das stimmt doch nicht! Fakten!)

Meine Damen und Herren, das Schulministerium ist nicht nur für die Schule zuständig, sondern ein wichtiger Teil dieses Ministeriums gehört in den Bereich der Weiterbildung. Wenn wir unsere Schülerinnen und Schüler aus den Schulen entlassen, dürfen wir nicht von einem Abschluss reden, sondern eher von einem Anschluss. Dieser Anschluss muss immer wieder neu nachgeholt und erweitert werden. Daher ein paar Ausführungen zum Weiterbildungsgesetz.

Weiterbildung kann nur geschehen, wenn wir eine richtige, wichtige und verlässliche Planungsgrundlage für die Finanzen darstellen.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Diese Sicherheit wollen wir den Weiterbildungseinrichtungen bis zum Ende der Legislaturperiode geben, soweit es ihre Landesmittel betrifft.

Der Haushaltsentwurf 2008 sieht vor, dass das Weiterbildungsgesetz mit 88 Millionen € auszustatten ist. Die Landesregierung hat beschlossen, diese 88 Millionen € auch in ihre Haushaltsentwürfe 2009 und 2010 einzustellen. Zusätzlich zu den 88 Millionen € jährlich eröffnen wir den Einrichtungen des Weiterbildungsgesetzes einen neuen und bisher nicht dagewesenen Zugang zu den nordrhein-westfälischen Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Ebenfalls bis 2010 werden wir für sie aus diesem Fonds jedes Jahr 12 Millionen € neues Geld reservieren.

Meine Damen und Herren, auch mit dem Haushalt 2008 wird es uns nicht gelingen, alle Probleme, die wir vorgefunden haben und die aus der Vergangenheit stammen, auf einmal zu lösen. Die Bilanz seit Herbst 2005 zeigt jedoch eine gute Entwicklung. Unsere Schulen im Lande werden besser. Darauf können wir alle stolz sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen. Und das Beste daran ist: Wir werden sogar ankommen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Ministerin Sommer. – Für die SPD spricht nun der Kollege Große Brömer.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vorweg eine Anmerkung zu dem Beitrag von Herrn Recker und in Ansätzen auch zu dem von Frau Ministerin Sommer machen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Die kann man nur loben!)

Mittlerweile sind wir im dritten Jahr Ihrer Regierungsverantwortung. Ich kann Ihnen versichern: Der Versuch, sich in Relation zur Vorgängerregierung immer wieder als besser darzustellen, ist nicht mehr lange tauglich.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Die Wählerinnen und Wähler werden Sie im Jahre 2010 nicht daran messen, ob Sie angeblich relativ oder tatsächlich besser waren, sondern sie wollen konkrete Ergebnisse. Sie wollen konkrete Signale. Sie wollen wissen, was diese Landesregierung tatsächlich geleistet hat.

(Ralf Witzel [FDP]: In der Tat!)

Herr Recker, es war wohl ein Versprecher in Ihrer Rede, als Sie sagten, sie seien seit 1995 in der Regierungsverantwortung. Stellen Sie sich einmal vor, das wäre so und Sie würden immer noch so argumentieren: Dann merken Sie, wie unsinnig das ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Welche Signale senden diese Landesregierung, diese Regierungskoalition mit diesem Haushalt 2008 aus? Ich glaube, diese Signale ...

(Ralf Witzel [FDP]: Verlässliche!)

– Herr Witzel, ich bin ja viel von Ihnen gewohnt. Wenn Sie das jetzt ernst gemeint haben, wenn Sie das Wort Verlässlichkeit verwenden, dann hören Sie jetzt aufmerksam zu! Dann merken Sie, dass man das höchstens ironisch auffassen kann, was Sie gerade gesagt haben.

(Beifall von der SPD)

Beginnen wir mit dem Gesamtetat. Ich nehme nur Ihre Zahlen, damit jetzt nicht wieder Verwirrung entsteht, wer welche Zahl wo zitiert oder gelesen

hat. Ich nehme nur die Zahlen, die in Ihrem Haushalt stehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Der Gesamtetat Bildung wächst um 40 Millionen € im Vergleich zu 2007. 38 Millionen € davon werden zur Förderung der Privatschulen verwendet.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte an dieser Stelle überhaupt nicht die Bedeutung von Privatschulen schmälern. Überlegen Sie aber bitte, ob das ein richtiger Akzent, ein richtiges Signal ist,

(Ralf Witzel [FDP]: Ja, klar!)

insbesondere vor dem Hintergrund, dass Sie im letzten Jahr schon 22 Millionen € draufgelegt haben! Jetzt hat Frau Pieper-von Heiden von einem rasanten Zuwachs von Schülerzahlen gesprochen. In Ihrem Haushalt steht die Zahl 77, Frau Pieper-von Heiden.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte jetzt nicht polemisch werden und berechnen, was Sie für 77 Privatschüler pro Kopf und wie viel für die Schüler pro Kopf an öffentlich-rechtlichen Schulen ausgeben. Das möchte ich gar nicht tun. Denken Sie darüber nach und überlegen Sie, ob das das richtige Signal für dieses Schulsystem, für dieses Bildungssystem

(Norbert Killewald [SPD]: Das Hauptschulestärken-System!)

in Nordrhein-Westfalen ist!

Zweites Signal: Lehrerstellen. Noch einmal: Ihre Zahlen, Ihre Signale, Ihre Akzente. Ich habe Ihre Zahlen aus den Haushalten 2005 bis 2008 herausgesucht. Ich lese sie einfach einmal vor: Förderschule von 2005 auf 2008: minus 95 Stellen, Realschule: minus 825 Stellen,

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Grundschule: minus 817 Stellen

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aha!)

– und jetzt ganz aufmerksam zuhören –, Hauptschule: minus 2.344 Stellen,

(Zurufe von der SPD: Aha! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Entlarvt!)

Gymnasium: plus 3.520 Stellen. Ich wiederhole die beiden letzten Zahlen noch einmal, die Zahlen der Stellen nur für den originären Unterricht: Hauptschule – minus 2.344 Stellen, Gymnasium – plus 3.520!

(Bernhard Recker [CDU]: Jetzt die Schülerzahlen!)

Das sind Ihre Signale im Schulsystem, im Bildungssystem. Daran müssen Sie sich messen lassen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Daran sollten Sie denken, wenn Sie hier mit diesen Luftzahlen arbeiten. Gucken Sie in Ihren eigenen Haushalt! Dann sehen Sie, welche Akzente Sie setzen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Große Brömer, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Freimuth?

Wolfgang Große Brömer (SPD): Gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Dann wollen wir Sie mal freigeben, Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident! Lieber Kollege! Könnten Sie uns auch die entsprechenden Schülerzahlen zu diesen Stellenzahlen, die Sie gerade genannt haben, mitteilen? Ich glaube – das ist meine persönliche Anmerkung –, dass die Schüler-Lehrer-Relation wichtig ist. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns diese Information ergänzend geben könnten.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Große Brömer, gestatten Sie gleichzeitig noch eine Zwischenfrage von Frau Kastner? Dann haben wir alles abgearbeitet.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Marie-Theres Kastner (CDU): Vielen Dank für die Freigabe. Ich möchte mich der Frage von Frau Freimuth anschließen.

Vizepräsident Edgar Moron: Ach so. Dann beantworten Sie beide.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Gut, Antwort für beide Fragestellerinnen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Große Brömer, ich unterbreche Sie, damit wir uns mal allmählich daran gewöhnen, uns an die Geschäftsordnung zu halten. Es gibt immer zwei Fragen zu einem Sachverhalt, und das war's dann. Es gibt

schon wieder neue Fragen. Die werde ich nicht zulassen. – Bitte schön.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Für beide Fragestellerinnen die Antwort: Ich habe mir die Schülerzahlen nicht herausgeschrieben. Sie kennen sie sicherlich aus ...

(Heiterkeit von der CDU)

– Entschuldigung, ich habe gedacht, wenigstens die Zahl aus Ihrem Haushalt hätten Sie im Kopf.

Zur Begründung: Wenn Sie glauben, dass im Gymnasialbereich 3.520 Lehrerstellen mit Zuwachs bei den Schülerzahlen als Äquivalent begründbar ist, dann schauen Sie noch einmal ganz kritisch im Haushaltsplan nach und diskutieren dies noch einmal ganz gründlich!

(Beifall von der SPD)

Daran kann es nicht liegen.

So, es geht um die Signale, die Sie senden. Ich bin jetzt beim dritten Signal und dem Stichwort Weiterbildung.

Meine Damen und Herren, Herr Witzel hat eben noch einmal diese Verlässlichkeitsformel gebracht. Davon spricht er gerne. Sie tun aber etwas anderes. Wenn irgendjemand in diesem Lande, meine Damen und Herren, nach einem Beispiel für Vertrauensverlust und für Unglaubwürdigkeit der Politik sucht, dann empfehle ich nur, sich das Handeln der Regierungskoalition im Bereich Weiterbildung vor Augen zu führen.

Im Frühjahr 2005 haben beide jetzigen Regierungskoalitionsfraktionen einen Antrag gestellt. Darin haben sie vehement die Priorität Weiterbildung – dabei stand Herr Kaiser an der Spitze; das kann ich Ihnen nicht ersparen, Herr Kaiser – sowie die Wiederherstellung des Ansatzes auf dem Niveau des Jahres 2000 gefordert. Das war im Frühjahr 2005 vor den Landtagswahlen.

Als die Regierung dann übernommen wurde, pasierte gar nichts. Im Gegenteil: Es gab zwar Lippenbekenntnisse auf der Weiterbildungskonferenz im Herbst 2005, Stichwort: Priorität Weiterbildung, von Frau Ministerin Sommer und von den Sprechern der Regierungskoalition, aber keine einzige Zusage. Man hat nur in Aussicht gestellt, man versuche im Haushalt nachzubessern. – Nichts passiert!

Im Jahre 2006 wurden nochmals 5,3 Millionen € bei der Weiterbildung gestrichen; im Haushalt 2007 waren es noch einmal 8,2 Millionen €. Jetzt können die Weiterbildner froh sein, dass diese

Streichungskonferenz im Jahre 2008 nicht noch fortgesetzt wurde.

Die Weiterbildner hatten sich auf Ihre Aussagen auf den Weiterbildungskonferenzen und auf Ihre Versprechungen vor der Landtagswahl verlassen, Sie wollten die Weiterbildung stärken. Das Gegenteil haben Sie getan!

(Beifall von der SPD)

Das ist Ihr konkretes Handeln. Genau das wird, Herr Kollege Witzel, mit Vertrauensverlust und nicht mit Verlässlichkeit gleichgesetzt. Darüber sollten Sie intensiv nachdenken.

(Beifall von der SPD)

Deswegen beantragen wird in unseren Änderungsanträgen zum Haushalt die Wiederherstellung der alten Ansätze – zumindest auf dem Niveau von 2005. Darüber hinaus beantragen wir zusätzlich 1,5 Millionen € für die schulabschlussbezogenen Lehrgänge.

Dabei handelt es sich um das gleiche Thema. Ich sage das für alle, die es immer noch nicht registriert haben: Es reicht nicht, lediglich ins Schulgesetz zu schreiben, die Versetzung sei der Regelfall, ohne ansonsten etwas dafür zu tun! Wer ins Schulgesetz „individuelle Förderung“ schreibt, ansonsten aber nichts in der konkreten Umsetzung dafür tut, muss zur Kenntnis nehmen, dass es weiterhin Schulabbrecher geben wird,

(Bernhard Recker [CDU]: Ja, weiterhin!)

schulmüde Jugendliche, die mit diesem Bildungssystem nicht klarkommen und ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Deswegen ist es wichtig, die 1,5 Millionen € zur Verfügung zu stellen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Kurz und gut, letzter Satz, Herr Präsident, mit Ihrem Einverständnis.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Ich glaube, Sie müssen sich an Ihrem eigenen Haushalt messen lassen, was nicht positiv für Sie ist, sondern negativ. Darüber sollten Sie noch einmal nachdenken. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Große Brömer. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Klaus Kaiser das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schäfer, Herr Große Brömer, Frau Beer, zu Ihren Einlassungen: Vielleicht machen wir es uns mit den Zahlen einfach, denn auch ich kann mir nicht so viele auf einmal merken. Vielleicht ist eine Zahl ganz hilfreich: Seit der Regierungsübernahme 2005 ist der Bildungsetat um 702 Millionen € angewachsen.

(Beifall von der CDU)

Wir geben also 702 Millionen € mehr für Bildung aus, als Sie es getan haben! Noch nicht mitgerechnet habe ich die 80 Millionen €, die wir zusätzlich für die Schulpauschale bereitstellen. Daher ist das eine ganz hervorragende Bilanz.

Herr Große Brömer, was Sie gemacht haben, ist unseriös!

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Sie wissen sehr genau: Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Stellen und Schülerzahlen. Nur Stellen zu nennen und die Schülerzahlen zu vergessen, ist schlichtweg unseriös. Das hat zum Vertrauensbruch geführt.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Wir müssen doch miteinander halbwegs seriös umgehen, Herr Große Brömer. Dann können wir nicht mit Taschenspielertricks arbeiten. Das halte ich für unverschämt. Ich finde, das ist auch kein würdiger Stil.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Kaiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Große Brömer?

Klaus Kaiser (CDU): Nein, ich möchte das erst zu Ende führen.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Ich möchte einen zweiten Punkt von Frau Schäfer aufnehmen: In jedem Redebeitrag lamentieren Sie über den TV-L und zum Problem der Seiteneinsteiger. Sie wissen: Diese Koalition hat unter Frau Sommer reagiert und im Rahmen des TV-L das Bestmögliche für die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger getan.

(Sören Link [SPD]: Sie haben das Problem doch erst geschaffen, Herr Kaiser! – Frank Sichau [SPD]: Das ist die Unwahrheit! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie brauchen gar nicht so laut zu werden. – Ich möchte nur darauf hinweisen – das gilt für die gesamte Opposition, auch für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –: Im alten Schulgesetz stand, dass ab 2008 keine Lehrerin und kein Lehrer mehr als Beamtin oder Beamter, sondern sie nur noch als Angestellte/r eingestellt worden wären. Das heißt, künftig würden alle Lehrerinnen und Lehrer, wenn es nach Ihnen gegangen wäre, nach TV-L eingestellt werden.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Kaiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Schäfer?

Klaus Kaiser (CDU): Es ist ein Stück weit unseriös, wenn Sie mit solchen Zahlen agieren.

Vizepräsident Edgar Moron: Darf ich noch einmal fragen, Herr Kollege Kaiser, ob Sie eine Zwischenfrage von Frau Schäfer zulassen?

Klaus Kaiser (CDU): Ich lasse.

Vizepräsident Edgar Moron: Okay.

Ute Schäfer (SPD): Herr Kaiser, ist Ihnen vielleicht aufgefallen, dass ich nicht mit dem TV-L argumentiere, sondern dass es in meinem Redebeitrag darum ging, dass Sie einen Mangelfacherlass,

(Beifall von Sören Link [SPD])

auf den sich Menschen verlassen haben und im Vertrauen darauf eine Stelle beim Land Nordrhein-Westfalen angetreten haben, kurz vor den Sommerferien gekippt haben, sodass diesen Menschen daraus eine doppelte Benachteiligung erwuchs? – Darüber habe ich gesprochen! Ist Ihnen das bewusst?

(Beifall von der SPD)

Klaus Kaiser (CDU): Frau Schäfer, das ist mir natürlich sehr wohl bewusst.

(Ute Schäfer [SPD]: Aha! – Weitere Zurufe und Lachen von der SPD)

Aber Sie wissen sehr wohl, dass die durch den TV-L benachteiligten Lehramtsanwärterinnen und -anwärter etwa zur Hälfte durch den Mangelfacherlass betroffen sind und zur anderen Hälfte nicht.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Sie erwecken den Eindruck, als könnten Sie alle unter den Mangelfacherlass packen. Auch das ist unseriös, Frau Schäfer.

(Beifall von der CDU – Frank Sichau [SPD]: Das hat sie nicht gesagt!)

Wir wissen schon, wovon wir reden. Gelegentlich ist Detailwissen sinnvoll.

Ich wünsche Frau Beer erst einmal persönlich alles Gute und dass ihre Stimme bald wiederhergestellt sein wird, da sie heiser ist. Gleichzeitig war ihr Redebeitrag ein Sammelsurium von Klischees und Vorurteilen. Das war für mich wirklich schwer nachvollziehbar.

Für mich ist, wenn man sich mit dem Haushalt 2008 befasst, die Frage zu stellen: Gibt uns PISA nicht den Hinweis, dass wir etwas tun müssen, damit die sozialen Bildungsbenachteiligungen durchbrochen werden? – Dass das so ist, darüber sind wir uns wohl alle einig. Die weitere Frage lautet also: Schafft es diese Koalition mit dem Haushalt 2008, diese Barriere zu durchbrechen, also für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen? Ich glaube, darauf kann man sehr wohl mit Ja antworten, wenn man die Bilanz zieht.

Um diese soziale Bildungsbarriere zu durchbrechen, ist es richtig, den Sozialindex aufzubauen. Deshalb ist es richtig, dass wir den muttersprachlichen Unterricht mit über 800 Stellen abgesichert haben. Deshalb ist es richtig, dass wir im Haushalt über 3.000 Stellen zur Integration ausgewiesen haben. Deshalb ist es richtig, dass wir zusätzliche Schulpsychologen einstellen.

Deshalb ist es auch richtig und begrüßenswert, dass der Ministerpräsident die Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ins Leben gerufen hat und dass im Haushalt 2008 ausreichend Mittel dafür bereitgestellt werden. Dieses Angebot wird im Übrigen so stark nachgefragt, dass wir im laufenden Haushaltsplanverfahren die Ansätze noch entsprechend erhöhen müssen. Auch das spricht dafür, wie notwendig und wie zielgerichtet diese Initiative des Ministerpräsidenten ist.

Deshalb ist es auch wichtig und richtig, dass wir Zusätzliches für den Bereich des Übergangs von der Schule zum Beruf tun. In diesem Zusammenhang ist es der Initiative von Frau Sommer und der Arbeitsagentur zu danken, dass über den Haushalt hinaus 30 Millionen € für einen besseren Übergang von der Schule zum Beruf zusätzlich bereitgestellt werden.

Deshalb ist es insbesondere richtig, dass wir die Ganztagsmittel zuerst auf die Grund- und die Hauptschulen konzentriert haben. Wir haben bei der Einrichtung von Ganztagsplätzen heute schon mehr als unser Wort gehalten.

Deshalb ist es auch richtig – dafür danke ich Frau Sommer ganz besonders –, dass sie verstärkt um Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund wirbt. Denn ein solches Bild, ein Signal, dass wir sie in der Schule haben möchten, bringt eine ganze Menge, schafft einen Klimawandel und zeigt unsere Bereitschaft, sie zu fördern.

Zur Weiterbildung sei Folgendes gesagt: Die ESF-Mittel zeigen Wirkung, insbesondere in dem Bereich, weil sie in dem Programm „Weiterbildung geht zur Schule“ eingesetzt und insbesondere genutzt werden, um Schulabschlüsse nachträglich zu erwerben.

Auch das ist ein Zeichen, bei dem wir sagen können: Wir tun etwas, um die sozialen Bildungsbarrieren abzubauen. Ich sehe keine andere Landesregierung, die da so konsequent etwas tut. So konsequent hat hier auch keine Vorgängerregierung gehandelt.

(Beifall von der CDU)

Sie haben das Problem schlichtweg ignoriert. Deswegen können wir uns mit diesem Haushalt hervorragend sehen lassen. Ich glaube, wir gehen damit in die richtige Richtung, und wir werden es schaffen, mehr Chancengleichheit und mehr Gerechtigkeit in unser Bildungssystem zu bringen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Für die FDP-Fraktion erhält das Wort der Herr Abgeordnete Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme sehr gerne auf Ihre Lehrerbilanz zurück. Deshalb kann ich auch mit gutem Gewissen sagen: Wir stehen hier für Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit.

(Ute Schäfer [SPD]: Keiner findet mehr hindurch! Das ist Ihre Verlässlichkeit!)

Wir machen nach Wahlen das, was wir vor Wahlen versprochen haben.

(Karl Schultheis [SPD]: Das sieht man!)

Wenn gerade die heutige Opposition die Lehrereinstellungspolitik der Koalition der Erneuerung kritisiert,

(Sören Link [SPD]: Der Koalition der Verblödung!)

dann ist das an Zynismus ja fast schon nicht mehr zu überbieten.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben in der letzten Legislaturperiode einen sogenannten verlässlichen Stufenplan ausgerufen, den Sie gebrochen haben! Das einzig Verlässliche daran war dessen Unterfinanzierung. Sie haben Ihre Einstellungsziele der letzten Periode nicht gehalten, obwohl die Schülerzahlen gestiegen sind. Wir haben jetzt sinkende Schülerzahlen und stellen mehr ein! Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren!

(Beifall von FDP und CDU)

Deshalb stimmt das, was wir gerechnet haben. Wir nehmen Ihren Haushalt, den Sie in Ihrem letzten Regierungsjahr 2005 hinterlassen haben, und packen netto 6.400 Stellen drauf: 4.000 Stellen für eine bessere Unterrichtsversorgung, für mehr individuelle Förderung, und 2.400 Stellen für den Ganzttag. Das macht im Gesamtergebnis plus 6.400 Stellen bezogen auf Ihren letzten Haushalt, den Sie vor der Wahl hinterlassen haben.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Schäfer?

Ralf Witzel (FDP): Aber gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Ute Schäfer (SPD): Herr Witzel, ist es denn richtig, dass Sie im ersten Jahr Ihrer Regierungsübernahme einen Haushalt verabschiedet haben, nämlich im Jahre 2006, in dem Sie 2.000 Stellen zur Streichung freigegeben haben?

Ralf Witzel (FDP): Ich habe das akustisch nicht verstanden. Können Sie das bitte noch einmal wiederholen?

Ute Schäfer (SPD): ... in dem Sie 2.000 Stellen zur Streichung beschlossen haben, von denen Sie immer behaupten, sie seien in der mittelfristigen Finanzplanung drin gewesen. Aber auf meine Nachfrage im Schulausschuss nach der konkreten Seite konnte mir – um das hier noch einmal deutlich zu machen – niemand sagen, wo denn diese Stellen stehen. Herr Witzel, im ersten Jahr Ihrer Regierungsübernahme haben Sie 2.000 Stellen gestrichen. Ist das richtig?

Ralf Witzel (FDP): Frau Schäfer, es gibt in der Gesamtberechnung natürlich immer die Aufsaldierung von neu geschaffenen Stellen und von kw-Stellen.

(Ute Schäfer [SPD]: Das versteht kein Mensch, was Sie tun!)

Sie haben durch Ihr Regierungshandeln kw-Stellen im Haushalt hinterlassen.

(Ute Schäfer [SPD]: Wir haben sie nicht gestrichen! Sie haben sie gestrichen!)

Wir packen unsere versprochenen neu geschaffenen Stellen entsprechend oben drauf. Das sind für diesen Haushalt – um es ganz konkret zu sagen, Frau Schäfer – knapp 500 Stellen,

(Ute Schäfer [SPD]: Nirgendwo!)

die netto unter Berücksichtigung von kw auf der einen Seite und zusätzlich neu geschaffenen Stellen auf der anderen Seite überbleiben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist unwahr!)

Wir haben auf der einen Seite Ihre 500 kw-Stellen und vier zusätzliche – das macht 504 – und auf der anderen Seite 500 Grundstellen und 286 Stellen für den Ganzttag neu geschaffen. Und mit dem Haushaltsantrag der Koalitionsfraktionen haben wir, weil unsere Fraktionen nicht alles, was der Finanzminister vorlegt, durchnicken, sondern einen eigenen Gestaltungsanspruch haben, noch einmal 204 oben draufgepackt. Das macht insgesamt knapp 500 Stellen netto unter vorherigem Abzug der kw-Stellen, die zusätzlich in diesem Haushaltsjahr eingebracht werden. Und das finde ich ganz hervorragend.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, darüber hinaus gibt es natürlich Demografieeffekte, die Herr Große Brömer in seiner Rechnung ganz bewusst verschweigt. In aller Ehrlichkeit, Herr Große Brömer: Zu einer vernünftigen und seriösen Rechnung gehören immer beide Seiten, sprich: auch die Schüler-Lehrer-Relation.

Diesbezüglich können wir große Erfolge vorweisen. Sie haben als Schüler-Lehrer-Relation hinterlassen: 25,3 für die Grundschule, bei uns sind es jetzt 23,9; für die Hauptschule haben Sie uns 18,7 hinterlassen, im neuen Haushalt sind es jetzt 18,1; für die Realschulen waren es 21,9, jetzt sind es 21,2; für die Gymnasien Klassen 5 bis 10 von Ihnen hinterlassen 21,6, bei uns sind es 20,6.

Die Schüler-Lehrer-Relation unter Schwarz-Gelb ist über alle Schulformen hinweg gesunken.

(Karl Schultheis [SPD]: Alles schlechtere Zahlen!)

Damit gibt es verbesserte Unterrichtsbedingungen für Schüler in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Witzel, gestatten Sie noch eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Große Brömer?

Ralf Witzel (FDP): Aber sehr gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Verflixt, das kostet uns immer alles Zeit hier.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ja, wir halten jetzt die Redezeit an. Das kommt alles hintendrauf!

Wolfgang Große Brömer (SPD): Herr Präsident, herzlichen Dank. Das ist aber meine erste Zwischenfrage; eben durfte ich ja nicht. Auch Ihnen danke ich herzlich dafür, Herr Witzel, dass Sie meine Frage zulassen.

Zum Demografiegewinn. Man könnte Ihnen ja in Ihrer Bewertung darüber, dass man die Demografie berücksichtigen muss, zustimmen, Herr Witzel. Aber wie beurteilen Sie die Tatsache, dass Sie, die Regierungskoalition, und auch diese Landesregierung bei jeder Gelegenheit behaupten, dass Demografiegewinne im System verbleiben? – Das ist ein Widerspruch in sich, und den erklären Sie bitte.

(Ralf Jäger [SPD]: Kann er nicht!)

Ralf Witzel (FDP): Herr Große Brömer, ich erachte dies ausdrücklich nicht als einen Widerspruch, und Sie wissen aufgrund unserer Haushaltsrechnungen, die wir Ihnen im Fachausschuss dargestellt haben, dass im Umfang von 5.000 Stellen Demografiegewinne zukünftig im System verbleiben.

Ich verbinde das mit folgendem ausdrücklichen Hinweis, zu dem die Koalitionsfraktionen stehen: Im Gegensatz zu Ihnen – Sie von der Opposition haben es eben so vorgetragen – liegt uns außerordentlich viel daran, dass wir wohnortnahe und damit auch in Einzelfällen kleinere Schulstandorte erhalten.

(Ute Schäfer [SPD]: Gute Idee!)

Wir wollen Vielfalt statt Einfalt und wohnortnahe Angebote, und deshalb halten wir es so.

(Zuruf von der SPD)

Ihre konkrete Frage, wie dies mit der Demografie zusammenhängt, kann ich Ihnen beantworten. Ich will es Ihnen gerne erklären:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, dann machen Sie es doch mal!)

Wir nutzen die Demografieeffekte für Maßnahmen, die Unterrichtsqualität und -angebote für Schüler verbessern. Wir setzen 280 Stellen für Englisch in der Grundschule ab Klasse 1,

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers und Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart betreten den Plenarsaal und setzen sich auf ihre Plätze. – Rainer Schmeltzer [SPD]: Da kommen die Schulpolitiker des Landes!)

600 Stellen für die Vorziehung der Einschulung im Schuljahr 2007/2008, 250 Stellen für die dauerhafte Beschäftigung von Sozialpädagogen an Hauptschulen, 100 Stellen für die dauerhafte Absicherung von Beschäftigungsverhältnissen zur Steigerung der Berufsfähigkeit und 361 Stellen für die dauerhafte Absicherung der Sprachförderung in den Klassen 5 und 6 der Hauptschulen ein. So nutzen wir in Zukunft die Demografieeffekte, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen, für neue qualitätssteigernde Aufgaben in den Schulen.

Unter Berücksichtigung aller Haushaltstitel für den Bildungsbereich verzeichnen wir ab diesem Jahr 2007 bis zum Jahre 2008 einen Zuwachs von knapp 300 Millionen € im Haushalt, der Bildungszwecken zugute kommt, und darauf sind wir sehr stolz.

Ich habe eben die Sprachförderung angesprochen. In diesem Zusammenhang finde ich es peinlich, was Sie, Frau Beer, eben hier vorgetragen haben.

(Ute Schäfer [SPD]: Sie waren bei der Anhörung nicht dabei!)

Dass man in der Startphase nach einem völligen Systemwechsel Erfahrungen sammeln muss, Evaluierungen vornimmt

(Ute Schäfer [SPD]: Sie haben die Anhörung nicht gehört!)

und die Erkenntnisse, die man gewinnt, handlungsleitend für zukünftige Verbesserungen nutzt, ist klar.

(Ute Schäfer [SPD]: Dann sollten Sie mal sagen, was die Experten sagen!)

Halten Sie es nicht für eine Sünde, dass Sie die Sprachförderung der jungen Menschen in unserem Land jahre- und jahrzehntelang sträflich unterlassen haben?

(Beifall von FDP und CDU)

Haben Sie es ausweislich der Ergebnisse von PISA und der Tatsache, dass 20 bis 25 % der Schüler zu einer Risikogruppe gehören und dass fast 10 % der Schulabgänger keinen Abschluss haben, nicht sträflich vernachlässigt, hier Angebote vorzuhalten? – Für uns war es wichtig, hier zu starten, damit zukünftig alle Kinder in Nordrhein-Westfalen, im Land der neuen Chancen,

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

auch ihre persönliche Chance bekommen. Und dazu stehen wir.

(Beifall von FDP und CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Sie schwindeln, Herr Witzel! So ein Unsinn!)

Dieser Haushalt mit diesem Bildungsetat ist ein historischer Haushalt, weil wir in diesem Landeshaushalt über 150.000 Vollzeitlehrerstellen haben. Wann hat es das bei Ihnen schon einmal gegeben?

(Karl Schultheis [SPD]: Brutto oder netto? – Heiterkeit von SPD und GRÜNEN)

Wir haben eine Bedarfsdeckungsquote, die je nach Schulform zwischen 102 und 104 % liegt. Und wir alle wissen, dass es Krankheitswellen gibt. Dann fällt Unterricht sogar dann aus, wenn man über 100 % vorhält. Das bestreitet ja auch niemand, aber man muss sehen, welche Verbesserungen hier in diesem Bereich erreicht worden sind.

Deshalb können Sie hier nicht Unfallflucht begehen und sich von Ihrer eigenen Bilanz verabschieden. Sie haben laut einer Meldung des Landespresseamtes vom 28. Januar 2005 – also kurz vor Ihrer Abwahl – eingeräumt, dass jedes Jahr über 5 Millionen Stunden Unterricht ersatzlos ausfallen. Nun haben wir diese Zahl beinahe halbiert, und ich sage Ihnen:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie denn ohne Lehrer?)

Jede Stunde Unterricht, die ausfällt, ist eine zu viel.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Kinder allein zu Haus!)

Wir haben unsere Zielsetzungen für die Zukunft noch nicht in Gänze erreicht, aber dass statt wie

bei Ihnen 5 Millionen Stunden jetzt in einem ersten Zwischenschritt 2,5 Millionen Stunden ausfallen, ist eine Verbesserung, und das könnten auch Sie einmal anerkennen, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Taschenfummlertricks, Herr Witzel!)

Den größten Unterrichtsausfall gab es vor Ihrer Abwahl laut der Statistik Ihres Bildungsministeriums bemerkenswerterweise an den Schulen für Lernbehinderte.

(Sören Link [SPD]: Sind Sie deswegen so sauer auf uns?)

Für diejenigen, die es in unserer Gesellschaft und im Schulsystem am schwierigsten haben, hatten Sie den höchsten Relationswert. Das fanden wir beschämend.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Witzel, Sie sind ein Heuchler!)

Insofern müssen wir hier für alle Schulformen handeln. Aber verabschieden Sie sich nicht von der Verantwortung, die Sie für das tragen, was Sie hier hinterlassen, meine Damen und Herren.

Von daher sage ich aus voller Überzeugung: Mit all den weiteren Maßnahmen im Haushalt, die aus verbundenen Kapiteln dazukommen – plus 80 Millionen € für die Bildungspauschale im GFG, zusätzliche Lehrkräfte im Bereich der Justizvollzugsanstalten, über 16 Millionen € für die Sprachförderung im Haushalt von Armin Laschet sowie Mittel aus dem Kulturhaushaltstitel der Staatskanzlei für Projekte wie „JeKi“ oder „Kunst und Kultur in Schulen“ –, haben wir einen Riesenquantensprung gemacht. Wir stehen heute ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Ralf Witzel (FDP): Ich komme sofort zum Ende, Herr Präsident.

(Beifall von Ralf Jäger [SPD])

... erheblich besser da als früher. Und selbstverständlich werden wir Ihnen zum Ende der Periode Punkt für Punkt und Stelle für Stelle belegen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir nehmen Sie beim Wort!)

dass wir – anders als Sie in den letzten zehn Jahren Ihrer Regierungszeit – unsere Versprechen eingehalten haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Meine Damen und Herren, jetzt hat Frau Beer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Gelegenheit zu einem kurzen Beitrag.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Der Schleiertanz der Ministerin ist eleganter als der von Herrn Witzel.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das muss man deutlich sagen.

Dafür ist die Größe des Jägerlateins wirklich unüberbietbar. Herr Witzel, es ist geradezu abenteuerlich, wenn Sie sagen, dass Experimente mit 180.000 Kindern die Maßgabe ist, an der sich das Land orientieren sollte. Das ist ein Feldversuch mit den Kindern gewesen. Die Wissenschaftlerin hat sehr deutlich gesagt, sie befinde sich in der Experimentierphase.

Das ist das Gegenteil von dem, was wir in diesem Land brauchen, nämlich die systematische Sprachstandsdiagnostik und eine qualitativ hochwertige Förderung. Ich habe eben schon einmal gesagt, dass allein 1.000 Kinder in Düsseldorf durch die Roste gefallen sind. Wir werden in jeder Kommune abfragen, wie dort die Prognosen sind. Das ist Ihr Ergebnis.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will noch einmal sehr deutlich darauf hinweisen, dass Weiterbildung in der zweiten Runde das eigentliche Thema ist. Das ist ein genauso wichtiges Thema wie die Schule. Was haben Sie auf diesem Gebiet produziert?

Sie haben die institutionelle Förderung der Weiterbildungseinrichtungen massiv zusammengestrichen. Wir wissen, dass die Weiterbildungseinrichtungen insgesamt noch gefährdet sind. ESF-Mittel sind zwar eine zusätzliche interessante Finanzierungsmöglichkeit, aber sie können die institutionelle Förderung nicht ersetzen. Das ist auch im Zusammenhang mit der Debatte, die wir eben geführt haben, wichtig.

Wir wissen doch, dass Einrichtungen schließen mussten, dass Beiträge erhöht wurden und letztlich der Zugang zu Weiterbildungsangeboten gerade für die Menschen erschwert worden ist, die solche Angebote besonders nötig haben, für die bildungsfernen Menschen und für diejenigen, die schon einmal im System gescheitert sind und die mühsam wieder an Bildungsprozesse herangeführt werden müssen und sich Kursgebühren

kaum leisten können. Wer von lebensbegleitendem Lernen spricht, muss allen Bevölkerungsschichten Teilhabe unabhängig von Einkünften und soziokulturellem Background ermöglichen.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Beer, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kaiser?

Sigrid Beer (GRÜNE): Aber herzlich gern, Herr Kaiser.

Vizepräsident Edgar Moron: Das hatte ich mir gedacht.

(Allgemeine Heiterkeit)

Sigrid Beer (GRÜNE): Von Herrn Kaiser besonders gerne.

(Erneut allgemeine Heiterkeit)

Klaus Kaiser (CDU): Frau Beer, wie bewerten Sie denn vor dem Hintergrund Ihrer Aussage die Tatsache – Sie haben zu den Weiterbildungseinrichtungen gesprochen –, dass unter der alten Koalition mehr Bildungseinrichtungen geschlossen haben als unter der neuen?

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich habe ja schon häufiger sehr deutlich gesagt, dass es schon sehr schmerzhaft Eingriffe ab 2002 gegeben hat. Wir haben aber mit den Einrichtungen vereinbart – das war genau so in der Perspektive zugesagt –, dass ab 2005 wieder draufgesattelt wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Lachen von CDU und FDP)

Sie haben draußen vor dem Landtag gestanden und genau diese Fahne geschwenkt. Sie haben Ihr Versprechen gebrochen. Wir haben Ihnen die Gelegenheit gegeben und wir geben sie Ihnen heute wieder, mit unseren Anträgen diesen Stand wiederherzustellen. Sie sind im Wort, Sie sind in der Verantwortung, und Sie versammeln es wieder, Herr Kaiser. Gerade Ihre Glaubwürdigkeit ist in diesem Punkt ganz besonders angekratzt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Besondere Besorgnis erregt bei den Weiterbildungseinrichtungen die Überschrift „betriebswirtschaftlich leistungsfähig“, woran die Zuschüsse im Weiteren gekoppelt werden. Das suggeriert, dass gerade die Einrichtungen, die sich der Benachteiligtenförderung widmen, kostendeckend arbeiten könnten und mit Alphabetisierungskursen zum Beispiel Gewinne erzielen. Wir sehen doch, auf welcher Straße wir mit dieser „Privat vor Staat“-

Ideologie sind, die sich vor den Bildungsproblemen dieser Gesellschaft wegduckt. Sie nehmen falsche Weichenstellungen im Haushalt vor. Sie stellen sich nicht Ihrer Verantwortung. Sie sind diejenigen, die dafür geradestehen müssen, was Sie kreuz und quer im Land produzieren und wo Sie den gordischen Knoten nicht durchschlagen, was die Bildungssystemfrage angeht.

Sie vernachlässigen die innere und äußere Strukturentwicklung in diesem Lande sträflich, und Sie bremsen die eigenen Leute aus. Ich habe schon darauf hingewiesen. Dort sitzt ja der ideologiegeleitete Professor. Ich hoffe, er bekommt das mit seiner Fraktion geklärt, damit wir endlich zu einer anderen Debatte in diesem Landtag kommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung. Wir kommen zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 05.**

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** Nummer 49 **Drucksache 14/5624 – Neudruck.** Das ist ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Antrag **abgelehnt.**

Wir stimmen ab über die Nummer 50. Das ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion in **Drucksache 14/5625.** Wer ist dafür? – SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen CDU und FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt.**

Wir kommen zur Nummer 51. Das ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion in **Drucksache 14/5626 – Neudruck.** Wer ist für diesen Antrag? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt.**

Wir kommen zu Nummer 52. Das ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion in **Drucksache 14/5627.** Wer ist für diesen Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist auch dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt.**

Wir kommen zur Nummer 53. Das ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/5628.** Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Die sehe ich nicht. Auch dieser Antrag ist mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zur Nummer 54. Das ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion – **Drucksache 14/5629**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Nummer 55: Das ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/5630**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Auch dieser Antrag ist mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Nummer 56: Das ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/5631**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur Nummer 57. Das ist der **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5664**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Nummer 58: Das ist der **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5665 – Neudruck**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 59: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5666**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. – Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der CDU, FDP und SPD. – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 60: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5667**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion der SPD. – Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 05** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5505**. Wer diesem Einzelplan mit der entsprechenden Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte

ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. – Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das mit großer Mehrheit so **beschlossen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe **Einzelplan 06** auf:

Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Schultheis das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Anlässlich des Nikolaustags – ich sehe hier so viele schöne rote Nikolausfiguren; wichtig ist natürlich, dass die rot sind – kann man mit einer Gesamtbewertung dieses Haushalts beginnen.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das ist Kardinalrot!)

– Kardinalrot. Sie wissen ja: Wer sich zum Kardinal wählen lässt, ist dem Tod geweiht oder muss mit seinem Leben einstehen.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das fängt eigentlich mit der Geburt an!)

Es geht einfach darum, Herr Ministerpräsident, dass die Trennlinien zwischen christlicher Ethik und Sozialdemokratie dergestalt sind, dass beides gut zusammengeht und nicht trennt.

(Beifall von der SPD)

Deshalb bin ich der Meinung, dass es ein gutes Rot ist – sowohl das Kardinalrot als auch das Rot der Nikoläuse. Das aber nur am Rande.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit einer Gesamtbewertung beginnen: Dieser Haushalt für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie ist ein Nichts-im-Sack-Haushalt. Gleichzeitig verbinden sich damit schöne Bescherungen, wie wir heute Morgen in wesentlichen Blättern des NRW-Zeitungsmarktes lesen konnten. In der „Westdeutschen Zeitung“ heißt es zum Beispiel – ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident –: „Studiengebühren – nur jeder vierte Euro für die Lehre.“

Das kennzeichnet eigentlich den Haushalt insgesamt. Wir erwarten natürlich von Ihnen, Herr Minister Pinkwart, dass Sie im Laufe Ihrer Ausführungen zum Einzelplan 06 auch zu diesen Vorgängen und zu den Feststellungen der Presse

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Dazu noch einmal das, was schon in der gemeinsamen Sitzung von Schulausschuss und Innenausschuss gesagt worden ist: Am Montag, dem 19. November 2007, belegten die Auswertungen von Chat-Protokollen und der am Sonntag gesicherten Dateien der PCs sowie eine Nachvernehmung beweissicher, dass Robin B., der in der Nacht Vernommene, die Tatplanung aufgegeben hatte. Anhaltspunkte, dass auch der 17-jährige Rolf B. von der Tat abrücken wollte, fanden sich nicht. Die Staatsanwaltschaft bewertete das Verhalten des Robin B. am Montag, dem 19. November 2007, als strafbefreienden Rücktritt von der Verabredung eines Verbrechens. Nach der Entlassung entschied sich Robin B. nach einem Gespräch mit einer Notärztin der Berufsfeuerwehr für eine psychiatrische Behandlung. Bis heute kann nicht sicher gesagt werden, ob auch der Verstorbene den Tatplan tatsächlich aufgegeben hatte.

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Fragestunde.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, möchte ich noch eine Rüge aussprechen. Sie betrifft den Abgeordneten Jäger von der Fraktion der SPD. Er hat in der heutigen Plenarsitzung zu einer Rede des Abgeordneten Witzel einen Zwischenruf getätigt, der zu rügen ist. Er hat nämlich gesagt: „Herr Witzel, Sie sind ein Heuchler!“ – Das ist unparlamentarisch.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen nun zur Beantwortung der übrigen Fragen.

Mündliche Anfrage 159. Herr Becker?

(Horst Becker [GRÜNE]: Mündlich!)

– **Mündlich.**

Mündliche Anfrage 160. Herr Schmeltzer?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mündlich!)

– **Mündlich.**

Mündliche Anfrage 161. Frau Löhrmann?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Schriftlich!)

– **Schriftlich.** (Siehe Anlage 2)

Mündliche Anfrage 162. Herr Töns?

(Markus Töns [SPD]: Mündlich!)

– **Mündlich.**

Mündliche Anfrage 163. Herr Eumann?

(Marc Jan Eumann [SPD]: Mündlich!)

– **Mündlich.**

Mündliche Anfrage 164. Herr Eumann?

(Marc Jan Eumann [SPD]: Schriftlich!)

– **Schriftlich.** (Siehe Anlage 2)

Mündliche Anfrage 165. Herr Kuschke?

(Svenja Schulze [SPD]: Schriftlich!)

– **Schriftlich.** (Siehe Anlage 2)

Ich rufe auf:

3 Hochschulen und Studierende brauchen verlässlichen Rahmen – Hochschulrahmengesetz und Kapazitätsverordnung nicht aufheben –

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5566

Die Damen und Herren Abgeordneten und der Herr Minister haben sich darauf verständigt, die Reden zu Protokoll zu geben. (Siehe Anlage 3)

Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags** der Fraktion der SPD in der **Drucksache 14/5566**. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

4 Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, der Landesbauordnung und des Landesabfallgesetzes (ArtikelG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/4835

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5718

